

10. Sitzung

des Ausschusses für Soziales und Kultur der Stadt Bergneustadt
im Sitzungssaal des Rathauses, Kölner Str. 256

Sitzungstag

27. 06. 2017

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 20:27 Uhr

Anwesend sind:

Tanja Bonrath	Vorsitzende	Bernd Wärrwel	Stadtverordneter
Erdogan Caylak	Stadtverordneter	Lisa Marie Pütz	Sachk. Bürgerin
Doris Klaka	Stadtverordnete	Gert Schmalenbach	Sachk. Bürger
Antje Kleine	Stadtverordneter		
Axel Krieger (bis 18:25 Uhr)	Stadtverordneter		
Wolfgang Lenz	Stadtverordneter		
Dr. Christoph Stenschke	Stadtverordneter		

von der Verwaltung:

St. OVR Johannes Drexler
St. C. Stephan Halbe

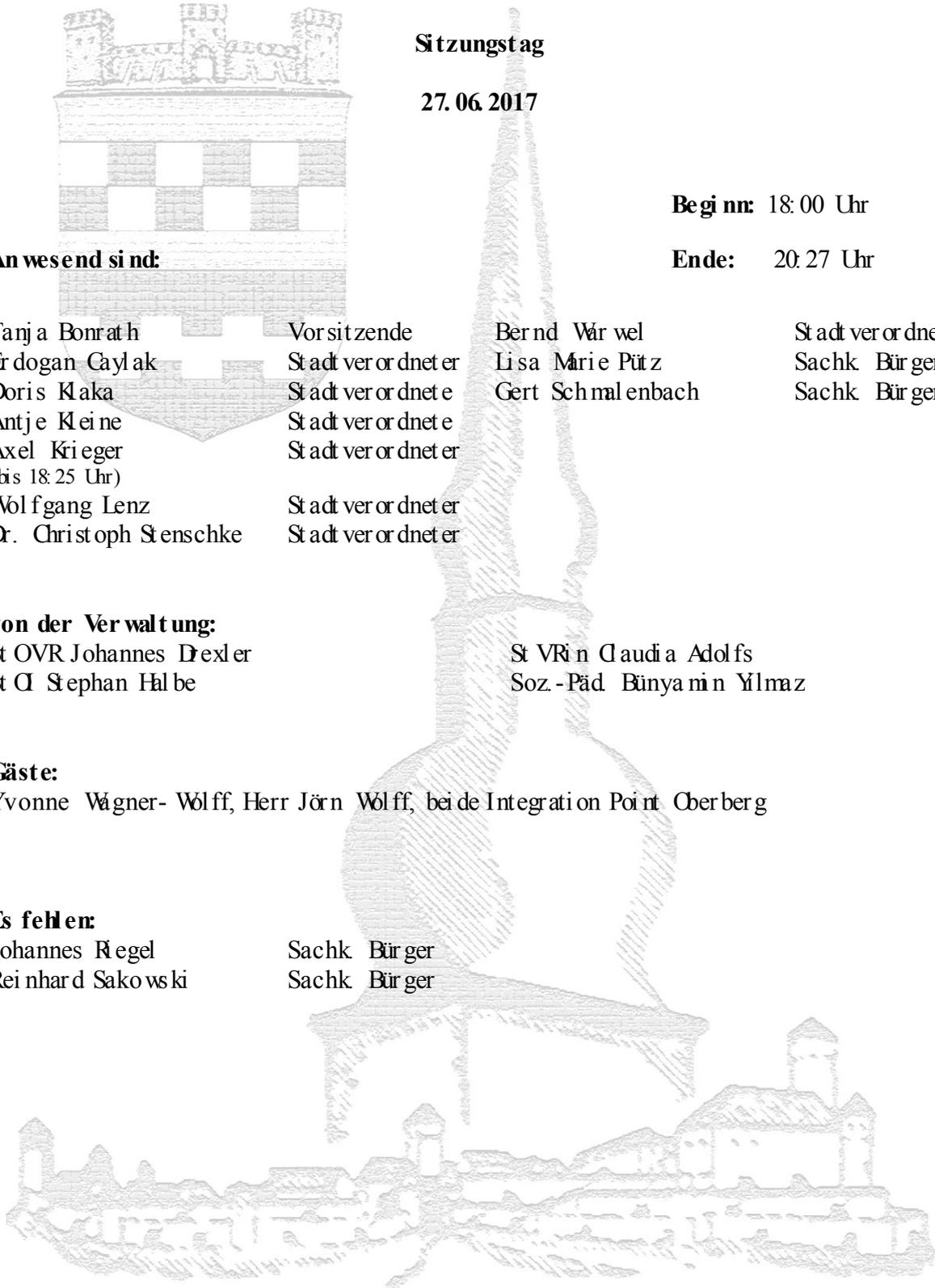
St. VRin Claudia Adolfs
Soz.-Päd. Bünyamin Yilmaz

Gäste:

Yvonne Wagner-Wolff, Herr Jörn Wolff, beide Integrationspunkt Oberberg

Es fehlen:

Johannes Regel	Sachk. Bürger
Reinhard Sakowski	Sachk. Bürger



Tagesordnung

10. Sitzung

Ausschusses für Soziales und Kultur der Stadt Bergneustadt

a m 27. 06. 2017

TOP	Beschluss- Vorl.- Nr.	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Seite
<u>Öffentliche Sitzung</u>			
1.		Bestellung eines Schriftführers	3
2.		Vorstellung Integration Point; Bericht von Frau Wagner-Wolff & Herrn Wölff	3/4
3.		Multifunktionsplatz – Sachstand	4/5
4.		Innenstadt-Situation	5
5.		Street work: Tätigkeitsdarstellung durch Bünyamin Yılmaz	6
6.		Ehrenamtskarte	6
7.		Mitteilungen	7
8.		Anfragen, Anregungen, Hinweise	7

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Öffentliche Sitzung

1. **Bestellung eines Schriftführers**

Die Verwaltung beantragt, Herrn St. O. Stephan Halbe zum Schriftführer zu bestellen. Der Ausschuss folgt diesem Antrag.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2. **Vorstellung Integration Point; Bericht von Frau Wagner-Wölff & Herrn Wölff**

Herr Wölff und Frau Wagner-Wölff stellen den Integration Point Oberberg (IP) vor und berichten über dessen Arbeit. Diese besteht in der Qualifizierung und beruflichen Integration von Flüchtlingen mithilfe unterschiedlicher Förderprogramme.

Auf Frage der Vorsitzenden nach der Anerkennung der im Herkunftsland erworbenen Berufsabschlüsse erläutert Frau Wagner-Wölff die Vorgehensweise. Es gebe auch Anerkennungsbegleitung durch Ehrenamtliche.

St. v. Lenz hält es angesichts der kriegsbedingten Zerstörungen und daraus folgenden chaotischen Verhältnissen in Ländern wie Syrien für nahezu ausgeschlossen, erforderliche Unterlagen zu besorgen. Frau Wagner-Wölff erklärt daraufhin, dass in den wenigsten dem IP bekannten Fällen keine Originale vorgelegen hätten.

Zum Thema der vom IP angebotenen Sprachkurse folgt eine Diskussion über die Verpflichtung zur Teilnahme oder sogar zum Erwerb eines Zertifikats nach Abschlussprüfung, die der St. v. Lenz als unbedingt notwendig erachtet. Frau Wagner-Wölff erklärt, dass sich für Leistungsbezieher nach dem SGB II (Arbeitslosengeld II) die Verpflichtung zur Teilnahme aus den nach diesem Gesetz zu schließenden Eingliederungsvereinbarungen ergibt. Aufgabe des IP sei es, die Menschen in Arbeit zu bringen; die Tiefe des dazu erforderlichen Spracherwerbs sei nicht festgelegt. Auf Frage der Vorsitzenden, wer die Einhaltung der Verpflichtungen kontrolliere, erklärt St. VRin Adolfs für den Bereich der Leistungsempfänger nach dem AsylbLG, dass bei TLA-Verpflichteten die Teilnahme kontrolliert werde und, falls notwendig, Sanktionen erfolgen.

St. v. Dr. Stenschke erkundigt sich, was mit IP-Betreuten ohne Qualifikation bzw. Nachweise geschehe und wie viele das seien. Diese Personen erhalten Frau Wagner-Wölff zufolge eine Alphabetisierung – falls erforderlich – und werden zur Erprobung in einem Qualifizierungszentrum zugewiesen. Die Anzahl könne einer Studie des IAB entnommen werden. *Die inzwischen vorliegenden umfangreichen Dateien werden auf Anfrage versandt.*

Die Vorsitzende fragt, wie die Kommune die ihr zugewiesenen Flüchtlinge in eine FI-M bringt. Herrn Wölff zufolge geschieht dies über ein Kontingent pro Kommu-

ne. Diese suche die in Frage kommenden Personen aus und melde sie. StVRin Adolfs betort, dass die Stadt darauf hinarbeite, Flüchtlingen Arbeitsgelegenheiten anzubieten bzw. in einer FIM unterzubringen. Problematisch sei das Entgelt von 80 ct/Stunde, das der Teilnahmebereitschaft nicht förderlich sei und deshalb absehbar zu einem Sanktionsaufwand führe, der personell hier nicht geleistet werden könne. Zudem sei – was Herr Wolff bestätigt – die Einrichtung einer FIM mit großem Verwaltungsaufwand verbunden. Deshalb geschehe das in der Regel im Oberbergischen mit Hilfe von Trägern aus dem sozialen Bereich. Vorgeesehen sei, dass Bergeunstadt und Gummersbach gemeinsam zu diesem Zweck eine Kooperation mit dem Caritasverband eingehen.

Es besteht Konsens, dass längeres Verweilen gerade junger Menschen ohne irgendeine Form von Beschäftigung nahezu zwangsläufig zu illegalen Handlungen oder dem Zusammenleben abträglichen Verhalten führt. Nach Auffassung von Stv. Lenz können die Kommunen mangels personeller Ausstattung daran nichts ändern und reichen auch die Werkzeuge des IP dazu nicht aus. Herr Wolff erklärt, die Arbeit des IP beinhalte auch diese Problematik.

Die Frage des Stv. Caylak nach dem zur Verfügung stehenden Budget des IP beantwortet Herr Wolff mit 1,8 Mio. € für 2016 und 4,3 Mio. für 2017.

Die Vorsitzende bedankt sich bei Frau Wagner-Wolff und Herrn Wolff für ihre Darstellungen und den Dialog.

3. Multifunktionsplatz - Sachstand

StOVR Drexler teilt mit, dass sich die Arbeitsgruppe zu diesem Thema bei einem Treffen am 26. 04. 2017 Kernpunkte herausgearbeitet hat, zu denen Klärungs- bzw. Handlungsbedarf besteht.

In Gesprächen mit NRW URBAN am 4. Mai habe keine Verringerung des Kaufpreises erreicht werden können. Die Gesellschaft habe aber Unterstützung bei der Gestaltung des Geländes angeboten.

Die untere Bodenschutzbehörde solle noch Bodenproben auswerten. Ein Termin stehe noch aus.

Es gibt Überlegungen, ob bzw. welche anderen Flächen im Innenstadtbereich für einen solchen Platz in Frage kommen könnten. Da die Emissionswerte sehr wahrscheinlich nicht auf einen den Anforderungen genügendes Niveau geregelt werden können, müsse man feststellen, dass Alternativen im Stadtgebiet nicht vorhanden sind.

Die Fördermittel seien bewilligt, aber noch nicht abgerufen.

In der anschließenden Diskussion hält Stv. Lenz es für besser, die Fördermittel nicht in Anspruch zu nehmen, wenn NRW URBAN die Nutzung der Fläche durch den Förderkreis KKK wie bisher toleriere. Stv. Klakastimmt dem zu und äußert ihr Bedenken, dass die Problemzone Rathausplatz (TOP 4) sich dorthin verlagern könnte.

St OVR Drexler teilt mit, dass auch in der Arbeitsgruppe die Rückgabe der Fördermittel thematisiert worden sei: Schließlich handle es sich um Steuer g e l d e r, und die sollten nur bei sinnvollem Einsatz verbraucht werden.

Die Debatte wendet sich an dieser Stelle der Innenstadt-Situation zu (TOP 4, siehe dort). Die Tätigkeitsdarstellung von Soz.-Päd. Bünyamin Yılmaz fließt darin ein (TOP 5, siehe dort).

Zum Abschluss kommt St OVR Drexler auf den Multifunktionsplatz mit dem Gedanken zurück, diesen auf der Wese neben dem Pump-Track in Hackenberg einzurichten. Der werde bereits für Aktivitäten im Rahmen der Jugendarbeit der evangelisch-freikirchlichen Gemeinde Hackenberg genutzt, könne mit Umbauten versehen werden und habe die dortige Begegnungsstätte als Ausweichmöglichkeit.

St v. Dr. Stenschke beantragt daraufhin folgende **Beschlussfassung**:

Der Ausschuss empfiehlt dem Stadtrat, die Verwaltung zu beauftragen, die Genehmigung für eine Übertragung der für einen Multifunktionsplatz in der Innenstadt bewilligten Fördermittel auf eine Verwendung für dessen Einrichtung im Rahmen eines schlüssigen Konzepts im Bereich Hackenberg einzuholen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4. **Innenstadt-Situation**

In der bereits im Zusammenhang mit TOP 3 begonnenen Debatte zur Innenstadtsituation wird einerseits konstatiert, dass die dort negativ auffälligen jungen Leute dort nicht erwünscht sind, andererseits aber auch Herrn Yılmaz zugestimmt, der sich dafür ausspricht, sich auch um diesen Personenkreis zu kümmern. Nach Einschätzung des St v. Caylak fehlt ein langfristiges Konzept und werden nicht alle Vereine gleichermaßen unterstützt, die bei der Problemlösung helfen könnten. St v. Lenz hält die Zusammenarbeit mit dem Moscheeverein für hilfreich, der am ehesten Einfluss auf ein bestimmtes, unter den Auffälligen tonangebendes Klientel nehmen könnte. Unter Hinweis darauf, dass es sich nur um eine kleine Gruppe von problematischen Jugendlichen handelt, während die vielen anderen sich schon unauffällig zu beschäftigen wissen, äußert St v. Kleine ihre Überzeugung, dass die Stadt das Problem nicht lösen kann. St VRin Adolfs geht auf die Anfänge und Entwicklung der Situation ein und bestätigt, dass die Stadt als Ordnungsverwaltung personell nicht in der Lage ist, dieser Situation Herr zu werden. Als Sofortmaßnahme sei daher der jetzt dort tätige Sicherheitsdienst damit beauftragt worden, Sicherheit und Ordnung wiederherzustellen. Das sei auch gelungen, der Dienst werde in der Bevölkerung und bei den Geschäftsleuten positiv aufgenommen. Im weiteren Verlauf wird allgemein eine höhere Polizei präsenz auf dem Rathausplatz für unabdingbar gehalten. Fortschritte werden von der angestrebten Ordnungspartnerschaft erhofft.

5. **Street work: Tätigkeitsdarstellung durch Bünyamin Yilmaz**

Herr Yilmaz nennt als ersten Schwerpunkt die aufsuchende Sozialarbeit. Dazu gehöre im Einzelfall auch die Ansprache Einzelner aus der Problemgruppe Rathausplatz. Die dabei aufgebauten Kontakte ließen sich im Sinne einer Multiplikationsfunktion nutzen.

Zum Abbau von Aggressionen trage der Einsatz von überschüssiger Energie im Night Soccer bei, das freitags ab 22 Uhr angeboten werde. Daran nehmen zurzeit 19 Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 15 – 21 Jahren teil.

Geplant sei eine Koch-AG (Kochen lernen mit wenig Geld) zunächst in der BGS Hackenberg.

Ferner sei ein Aktionstag zum Thema Alkohol und Drogen auf dem Rathausplatz in Zusammenarbeit mit der Sozialarbeiterin der BGS Hackenberg geplant. Dieses Thema soll auch in die Schulen gebracht werden.

Ebenfalls seien für die Sommerferien Turniertage und Filmveranstaltungen geplant. Für eventuelle Open-Air-Veranstaltungen hält St. OVR Drexler den ursprünglichen Mitarbeiterparkplatz des Rathauses für geeignet.

Auf die Frage der Vorsitzenden, wie man mit einer halben Stelle dies alles bewältigen könne, da die andere Hälfte für Flüchtlingsbetreuung vorgesehen und St. VRin Adolfs zufolge kaum ausreichend ist, erklärt Herr Yilmaz, dass alles langfristig angelegt sei und mit Unterstützung anderer städtischer Sozialarbeiter geschehe.

6. **Ehrenamtskarte**

Die Ehrenamtskarte, deren Einführung erörtert werden soll, gibt es der Vorsitzenden zufolge in 4 oberbergischen Kommunen noch nicht. In der Aussprache überwiegend jedoch die Bedenken gegen die Einführung. St. v. Kleine hält sie aufgrund von Erfahrungen mit einer solchen Karte aus dem Sportbereich für überflüssig und wegen der von St. v. Klaka dargestellten mangelnden Verwendungsmöglichkeiten durch nachlassende Beteiligung der Geschäftswelt lohne sich der Aufwand nicht. Für St. OVR Drexler wäre für Verwaltung und Vereine die Einführung der Karte mit nicht angemessenem Aufwand verbunden, zumal sich laut Ergebnis einer von der Verwaltung durchgeführten Umfrage nur 11 % der angeschriebenen Gewerbetreibenden und 17 % der angeschriebenen Vereine beteiligen würden. Teilnehmer an anderen Bonussystemen seien zudem ohnehin ausgeschlossen.

Die Aussprache endet mit dem **Beschluss:**

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, vor dem Hintergrund des Umfrageergebnisses unter den gegenwärtigen Bedingungen von der Einführung der Ehrenamtskarte Abstand zu nehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig 1 Enthaltung

7. **Mitteilungen**

./.

8. **Anfragen, Anregungen, Hinweise**

./.

unterz am

gesehen am

Vorsitzende

Schriftführer

Bürgermeister
